

RHEIN WESTFÄLISCH

Für Hendrik Wüst wird 2023 ein Jahr ohne Pleiten, Pech und Pannen. Der Grundstein dafür, dass der Ministerpräsident so was wie der Anti-Lambrecht wird, wird in dieser Woche gelegt. Von den Bäckern aus dem Rheinland und aus Westfalen-Lippe gibt es am Dienstag eine Neujahrsbrezel. Diese dient laut Staatskanzlei als Glücksbringer und soll den Bedachten vor Krankheit, Hunger und Unglück schützen. Aber weil so eine Brezel schnell aufgegessen ist, haben sich für Donnerstag die Schornsteinfeger in Wüsts Büro angemeldet. Als Häuser im Mittelalter noch überwiegend aus Holz gebaut und leicht entzündlich waren, brachten Schornsteinfeger mit ihrer Arbeit Sicherheit und Glück ins Haus. Jetzt leben wir – mit Ausnahme der CDU – zwar nicht mehr im Mittelalter, aber Tradition bleibt Tradition. Außerdem kann man als Regierungschef von NRW nie zu wenig Glück haben. Und wer weiß: Vielleicht endet die Geschichte von „Hendrik im Glück“ sogar eines Tages im Kanzleramt. Dazu fehlen ihm nur noch der Verein Westfälisches Pferdestammbuch und der rheinische Landesverband der Gartenfreunde – mit Huftesen und vierblättrigen Kleeblättern. asc



Handyverbot und Dopingkontrolle: Neue Leitlinien für Pferde im Karneval und bei Schützenfesten

Bei den diesjährigen Rosenmontagszügen werden in vielen Städten erstmals die neuen Leitlinien für Pferde im Karneval zum Zuge kommen. In Köln sind laut einem Sprecher des Festkomitees 270 Pferde angemeldet, in Düsseldorf sind es nach Anga-

ben des Comitée Carneval rund 40. In den Vorgaben heißt es unter anderem, dass Pferde „idealerweise am Anfang oder am Ende des Zuges“ zu positionieren seien – nicht vor oder hinter einer Musikkapelle. Länger als acht Stunden dürfen die Tiere nicht

geritten werden, nach vier Stunden müssen sie eine Pause machen. Es soll auch Dopingkontrollen geben. Für die Reiter gilt ein Alkohol-, Rauch- und Handyverbot. Sie müssen viele Reitstunden nachweisen und dürfen nicht zu schwer sein (höchstens 15

Prozent des Pferdegewichts). Bei Verstößen muss nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums das zuständige Kreisveterinäramt einschreiten. Die Regelungen gelten auch für Umzüge bei Schützenfesten. FOTO: DPA

Metall-Industrie pessimistisch wie lange nicht mehr

Düsseldorf – Die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie ist so pessimistisch wie seit 2009 nicht mehr. Das geht aus der Konjunkturumfrage des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie NRW zum Jahreswechsel 2022/2023, an der 389 Betriebe mit mehr als 140.000 Beschäftigten des bedeutendsten Industriezweigs des Landes teilgenommen haben. Zwar werde die aktuelle Wirtschaftslage in den Betrieben noch überwiegend positiv eingeschätzt, die Erwartungen für die nächsten Monate seien jedoch pessimistisch. 40 Prozent erwarten rückläufige Geschäfte (2021/22 waren es 18 Prozent), nur 9 Prozent erwarten eine Besserung (2021/22: 16 Prozent). Mit einer rückläufigen Ertragsentwicklung rechnen sogar 45 Prozent. 27 Prozent der Firmen wollen ihre Investitionen im Inland zurückfahren.

Der Präsident von Metall NRW, Arndt G. Kirchhoff, bezeichnete die Ergebnisse der Umfrage seines Verbandes als „deutliches Warnzeichen für die Konkurrenzfähigkeit unseres Industrie Standorts“. Die Wettbewerbsposition der Unternehmen an den heimischen Standorten verschlechtere sich im internationalen Vergleich zusehends. „Die Energiepreise müssen jetzt schleunigst runter, sonst bleiben die Konjunktursituation auf Rot und wir laufen Gefahr, in eine ernsthafte Rezession hineinzurollen“, erklärte Kirchhoff. asc

Frau Hexal und Herr Ratiopharm

Ärzte-Initiative wehrt sich gegen Einflussnahme von Pharma-Vertretern

VON JOACHIM GÖRES

Soest/Warstein – „Als ich Assistenzärztin war, wurde ich für ein verlängertes Wochenende von einer Pharmafirma nach Antwerpen eingeladen, mit teurem Hotel, gutem Essen, alles umsonst. Das war damals gängige Praxis“, sagt Irene Faupel, Psychiaterin und bis 2021 Chefärztin in der LWL-Klinik Warstein. Eine Einladung nicht ohne Hintergedanken: Durch Geschenke oder großzügige Honorare versuchen Pharmavertreter, Mediziner zum Verschreiben neuer und teurer Medikamente zu bewegen, am besten verbunden mit positiven Berichten über die Wirksamkeit.

Schädliche Medizin vermeiden

Heute gibt es nicht mehr große Reisen, aber weitere von Pharmafirmen gesponserte Fortbildungen. „Viele Kollegen meinen, dass sie sich dadurch nicht beeinflussen lassen, doch es gibt genügend Studien, die das Gegenteil beweisen“, sagt Faupel. Sie ist

eines von 1000 Mitgliedern bei Mezis – die Abkürzung steht für „Mein Essen zahle ich selbst – Initiative unbeeinflussbarer Ärztinnen und Ärzte“.

Dazu gehört für sie, dass sie keine Pharmavertreter empfangt, an verbotsfreien Fortbildungen teilnimmt, sich über Fachzeitschriften ohne Werbung über neue Arzneimittel informiert und keine Produkte mit Namen von Medikamenten oder Herstellern verwendet. „Bei mir gibt es keine Terminzettel für Patienten voll mit Werbung“, erzählt Faupel, die heute in einer psychiatrischen Ambulanz in Hofgeismar arbeitet.

Laut Mezis-Mitglied Tobias Samusch haben sich die Methoden der Einflussnahme verändert. Der Allgemeinmediziner aus Soest berichtet, dass Arztpraxen günstige Praxisverwaltungssysteme von Pharmavertretern angeboten werden – eine spezielle Software übermittelt dabei automatisch Daten, aus denen hervorgeht, welche Medikamente in der jeweiligen Praxis in welcher Häufigkeit verordnet werden. Daten, auf die Pharmavertreter beim



Irene Faupel
Chefarztin der
LWL-Klinik Warstein

„Viele Kollegen meinen, dass sie sich dadurch nicht beeinflussen lassen, doch es gibt genügend Studien, die das Gegenteil beweisen.“

nächsten Besuch zu sprechen kommen.

Samusch geht es darum, schädliche Medizin zu vermeiden. „Manchmal kann es gut sein, kein Medikament zu geben. Um das zu klären, muss man sich Zeit für Patienten nehmen. Diese Zeit fehlt mir, wenn ich mit Pharmavertretern rede“, sagt er. Patienten empfiehlt Samusch, sich über die Arzneimitteldatenbank der Stiftung

Warentest, die Seite www.gesundheitsinformation.de oder die Zeitschrift „Gute Pillen, schlechte Pillen“ zu informieren und bei Bedenken das Gespräch mit dem Arzt zu suchen.

Nach Angaben von Mezis besuchen jährlich 15.000 Pharmavertreter 20 Millionen Mal Arztpraxen und Krankenhäuser. Dass sie dabei nach wie vor erfolgreich sind, zeigen die Negativpreise, die Mezis jedes Jahr vergibt. 2022 ging das „Goldene Zäpfchen“ an den Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) für besonders dreistes Profitstreben. Der Verband zählt 48 Arzneimittelhersteller, die 2021 Pharmazutika im Wert von 34,6 Milliarden Euro herstellten – ein Plus von 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Den „Blockbuster supreme“ bekam der Bayer-Konzern für das Präparat Xarelto, das 2021 auf Platz vier der umsatzstärksten Medikamente landete. Ein teures Medikament zur Blutverdünnung, das Mezis-Vorstandsmitglied Manja Dannenberg in ihrer Laudatio so „würdigt“: „Der Nachweis einer

therapeutischen Überlegenheit fehlt bis heute – im Gegenteil. Neuere Beobachtungsstudien lassen vermuten, dass es sogar eher schadet.“

Der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) hat 2004 den Verein „Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie“ (FSAI) gegründet, dem 57 Unternehmen angehören. Sie verpflichten sich, ihre Leistungen an die Ärztschaft offenzulegen und bestimmte Standards einzuhalten. 2021 wurden laut FSAI Mediziner sowie Organisationen mit insgesamt 630 Millionen Euro unterstützt. Eine FSAI-Schiedsstelle entscheidet über Zweifelsfälle. So ist eine Übernahme der Übernachtungskosten für eine Fortbildung dann erlaubt, wenn sie mindestens 14 Stunden dauert. Die Arzneimittelhersteller begründen ihr finanzielles Engagement so: „Die Zusammenarbeit zwischen pharmazeutischen Unternehmen und der Ärztschaft ist maßgeblich für eine bedarfsgerechte und fortschrittliche Behandlung von Patientinnen und Patienten.“

NRW AKTUELL

Brand in einem Mehrfamilienhaus

Duisburg – Wegen eines Brandes ist ein siebenstöckiges Mehrfamilienhaus in Duisburg evakuiert worden. Insgesamt wurden 75 Menschen in einer nahen Kirche betreut, wie die Feuerwehr am Montag mitteilte. Mehrere Bewohner hatten zuvor dichten Rauch im Treppenhaus des Gebäudes im Stadtteil Rheinhausen gemeldet. Alle Menschen, die oberhalb des vierten Stocks wohnen, konnten sich wegen des Rauchs nicht in Sicherheit bringen. Die Feuerwehrleute belüfteten deshalb am späten Sonntagabend zunächst das Treppenhaus des Gebäudes.

Am Montagmorgen sagte ein Polizeisprecher, die Bewohner könnten zurück in das Haus. Dieses sei weiter bewohnbar. Brandursache könne möglicherweise ein technischer Defekt sein. inw

Auf Flucht vor Feuer verletzt

Remscheid – Auf der Flucht vor einem Feuer in seinem Wohnhaus ist ein Mann in Remscheid aus einem Fenster gesprungen und schwer verletzt worden. Der Brand in dem Fachwerkhäuser sei am Sonntagabend aus ungeklärter Ursache ausgebrochen und habe das Dach- und Obergeschoss des Hauses stark beschädigt, teilte die Polizei am Montag mit. Der 58 Jahre alte Hausbewohner sei dann, bevor die Polizei kam, ins Freie gesprungen. Er kam in eine Spezialklinik. inw

QUOTEN

Klasse 1:	14 006 971,20 Euro
Klasse 2:	393 038,40 Euro
Klasse 3:	8 151,90 Euro
Klasse 4:	2 637,20 Euro
Klasse 5:	153,90 Euro
Klasse 6:	41,00 Euro
Klasse 7:	19,10 Euro
Klasse 8:	9,90 Euro
Klasse 9:	6,00 Euro

(alle Angaben ohne Gewähr)

Aktivisten verlassen Tunnel

Die Räumung von Lützerath ist beendet

Erkelenz – Das Ende von Lützerath rückt näher: Fünf Tage nach Beginn der Räumung des Braunkohleortes haben am Montag zwei verbliebene Klimaaktivisten einen unterirdischen Tunnel unter der Siedlung freiwillig verlassen. Nach Angaben von RWE handelte es sich um die letzten Aktivisten vor Ort. Die Räumung durch die Polizei sei damit beendet. Der Rückbau der ehemaligen Siedlung werde „in den kommenden Tagen“ abgeschlossen. An demorts in rheinisches Braunkohlebergbau die Proteste gegen die Kohleverstromung aber weiter. So setzten am Montagmorgen acht Aktivisten im 20 Kilometer von Lützerath entfernten Tagebau Hambach ein neues Braunkohlebagger. Das Gerät musste daraufhin seinen Betrieb vorübergehend einstellen. Allerdings endete



Ein Umweltaktivist im Rollstuhl seit sich von einer Brücke ab. FOTO: DPA

die Protestaktion bereits nach wenigen Stunden. Gut vier Kilometer Luftlinie von Lützerath entfernt seitlichen sich am Montagmorgen außerdem fünf Klimaaktivisten – darunter zwei im Rollstuhl – von einer Autobahnbrücke ab. Der Verkehr auf der Autobahn 44 lief während der Aktion weiter, auf der Landstraße unter der Brücke ging da-

gegen nichts mehr. Auch diese Aktion war am Mittag beendet.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigte sich am Montag erfreut über die rasche Räumung Lützeraths. Die Behörden hätten zunächst mit einer Dauer von „vier bis sechs Wochen“ gerechnet. Reul nahm die Polizei gegen Gewaltvorwürfe in Schutz. Das in Umlauf gebrachte „Gerücht“, bei der Demonstration am Samstag seien „wild gewordene Polizisten unterwegs gewesen“, sei falsch, sagte er. Bei dem Einsatz wurden laut Reul 81 Beamte verletzt. Nicht jede Verletzung sei aber auf Konfrontation mit Demonstranten zurückzuführen. Rund 180 Straftatbestände seien gegen Gewalttäter gestellt worden. Reul sprach in Bezug auf Vorfälle in den letzten Tagen von „Chaoten“. inw/afp/epd

Lützerath

Gewalt ist keine Lösung

VON ALEXANDER SCHÄFER

Zu Lützerath gab es Leitartikel, Sondersendungen und Talkshows. Dabei ist die Sache ganz einfach: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. So steht es im Grundgesetz, Artikel 8. Wenn Polizisten verletzt, Dienstfahrzeuge beschädigt und weit über 100 Ermittlungs- und Strafverfahren Hausfriedensbruchs, eingeleitet werden, kann von friedlich keine Rede sein.

Auch selbst ernannte Klimaaktivisten müssen sich an Recht und Gesetz halten. Selbst dann, wenn grüne

KOMMENTAR



Bundtagsabgeordnete im Parlament grünes Licht für die Braunkohle geben und dann hinterher vor Ort Konkordiensträßen verriegeln. Dass der Begriff „Klimaterroren“ zum Unwort des Jahres bestimmt worden ist, ist ebenfalls kein Freifahrtsschein, um im Kampf gegen den Klimawandel gegen Gesetze zu verstößen. „Ja, wenn sich das Klima mehr und mehr verändert, wird der Planet irgendwann unbewohnbar und dann sind auch Gesetze Schall und Rauch. Bis dahin aber sollten wir alle das Klima und den Rechtsstaat schützen. Aktiv, aber ohne Gewalt.“

LEUTE, LEUTE



Wolfgang Bosbach (70), CDU-Politiker aus Bergisch Gladbach, rät seiner Tochter Caroline Bosbach (33) dringend von einer Teilnahme bei der RTL-Show Dschungelcamp ab: „Tu Dir das nicht an, das wird Dich Dein Leben lang verfolgen“, sagte er in einem Podcast. Entscheiden müsste sie das zwar selber – „aber Papa rät ab“. Nach Angaben von Caroline Bosbach hatte RTL angefragt, ob sie nach der Teilnahme bei „Let's Dance“ auch am „Dschungelcamp“ teilnehmen will. inw